

Folgendes verbinden die meisten mit Pegida: ein xenophob-rechts-nationalistisches Erscheinungsbild, islamfeindliche Grundhaltung, Empörungslust, die sich um oft sehr radikale Redner herum entlädt, Schmähbereitschaft gegenüber Journalisten und Politikern, Unwillen und Unfähigkeit, sich über Kritik und Forderungen hinaus auf Politik einzulassen, trotzige Solidarität. Das alles ist Pegida. Doch wer begreifen will, was sich da in Dresden tat, sollte auch auf die soziokulturellen Tiefenschichten von Pegida blicken.

Warum Dresden? Es brauchte schon eine Großstadt, damit aus so zufälligen Anfängen wie denen Pegidas – einer Facebook-Gruppe, die auf die Straße ging – ein zeitweiliges Massenphänomen werden konnte. Außerdem gelten Sorgen betreffs der Zukunft unserer Einwanderungsgesellschaft als Zwangsvorstellung von Konservativen. Also konnte nur in einer Stadt mit konservativer Grundstimmung die Verbindung von Asyl- und Islamisierungsthematik so große Wirkung entfalten. Ferner hätte auch dort Pegida ohne scharfe Gegenreaktionen nicht so viel Mobilisierungskraft erlangt. Dresden aber hat im Zug der Rückeroberung des Gedenkens an seine Zerstörung aus der Besetzung durch Rechtsextremisten ein besonders sensitives Anti-rechts-Netzwerk entwickelt. Das sprang sofort auf Pegida an, attackierte diesmal aber – statt bloß Neonazis – auch mehr und mehr normale Leute und erzeugte so als Gegenreaktion weiteren Zulauf.

Hinzu kam, dass Dresden nun einmal eine besonders resonanzreiche Bühne politischer und soziokultureller Ereignisse ist. Im Positiven gehörten zu diesen der Wiederaufbau von Frauenkirche und Innenstadt. Negativ kam Dresden in bundesweite Schlagzeilen zu Beginn der neunziger Jahre wegen rechtsradikaler Umtriebe, im vergangenen Jahrzehnt dann aufgrund der Kaperung des Gedenkens an die Bombardierung durch Neonazis und jetzt eben wegen Pegida. Obendrein bestätigte jener „Ausländerhass samt Islamophobie“, der das Proprium von Pegida zu sein scheint, auch noch viele Vorurteile über die neuen Bundesländer: Die Werte der Demokratie seien dort nicht verwurzelt, ein großer Teil der Bevölkerung habe extreme und rassistische Einstellungen, die Leute seien undankbar und ungebildet. Sie beklagten „Islamisierung“ in einem Landesteil fast ohne Muslime, nannten Politiker „Volksverräter“, die ihnen so schöne Städte beschert haben, und beschimpften Medien als „Lügenpresse“, die ihnen doch nur zeigen wollten, wer sie wirklich sind: dumme Ossen, die weltweit unser Land in Verruf bringen. Ist damit aber wirklich alles klar?

Zu den nachhaltigen Folgen des ostdeutschen Sozialismus gehört, dass aus den knapp 95 Prozent der Ostdeutschen, die 1944 noch Mitglied einer Kirche waren, die heutigen 25 Prozent wurden. Wer aber selbst keine ihn bereichernden religiösen Erfahrungen hat, der betrachtet Religion leicht überhaupt als eine Feindin von Vernunft und Modernität. Breitet sich dann eine Religion neu aus, so erlebt man das wie einen soziokulturellen, gesellschaftlichen und vor allem politischen Rückschritt.

Die „Islamfeindlichkeit“ von Pegida nährt sich nicht aus einer besonderen Zuneigung zur „jüdisch-christlichen Abendlandkultur“. Was als Islamfeindlichkeit artikuliert wird, ist vielmehr Religionsverachtung schlechthin. Sie trifft das Christentum nur deshalb nicht, weil es in Ostdeutschland ohnehin kaum mehr Gestaltungsansprüche erhebt. Hingegen ist der Islam für viele muslimische Einwanderer eine Art „transportable Heimat“, der für sie einen sehr viel wichtigeren „Sitz im Leben“ hat als das Christentum bei den allermeisten Ostdeutschen. Wer „religiös unmusikalisch“ ist, der versteht nichts von der seelisch tröstenden Anziehungskraft des Islams. Leicht nimmt er die ihm oberflächlich bekannten, schrecklichen Ausprägungen dieser Religion für deren Ganzes und unterschätzt die Wandlungsmöglichkeiten des Islams unter den Bedingungen westlicher Kultur.

Die Ursachen des Pegida-Phänomens

Erst dachten alle, die Dresdner Demonstrationen erledigten sich von selbst. Dann wurde mit dem Auftritt von Geert Wilders im April ein neuer Höhepunkt der Auseinandersetzung erreicht. Wieso hält sich diese Protestbewegung?

Von Joachim Klose und Werner J. Patzelt



Das Gefühl, im eigenen Land alleingelassen zu werden, treibt Pegida an: ein Demonstrant in Dresden, Februar 2015. Foto dpa

Gegen eine „Islamisierung des Abendlandes“ aufzustehen, ist zwar ein wichtiges Motiv vieler Pegida-Anhänger. Doch unzureichend ist dessen Verständnis als reine „Islamfeindlichkeit“. Vielmehr geht es um die misslingende Begegnung einer arreligiösen Gesellschaft mit einer sich im Alltag nicht verleugnenden Religion.

Zur Tiefenschicht von Pegida gehören ferner Sorgen um jene Veränderungen, die auf unsere Einwanderungsgesellschaft zukommen. Sie werden als drohender Verlust von Behemutung im eigenen Land empfunden. Einerseits ist, nach über zwanzigjährigem Transformationsprozess, die Gesellschaft Ostdeutschlands gerade wieder zur Ruhe gekommen; deshalb löst die Aussicht auf neuen Umbruch keine Freude aus. Andererseits hat man den mehr und mehr fühlbaren Gesellschafts- und Kulturwandel nicht wie 1990 selbst durch freie Wahlen herbeigeführt, sondern fühlt sich ihm einfach ausgeliefert. Hinzu kommt, dass Ostdeutschen, den alltäglichen Umgang mit Einwanderern nicht schon jahrzehntlang einüben konnten. Also fehlen auch viele positive Erfahrungen.

Obendrein haben sich weite Teile Ostdeutschlands demographisch sehr verändert. In Sachsen gibt es Orte, die seit 1989 die Hälfte der Bevölkerung verloren haben und in den nächsten zehn Jahren ein weiteres Fünftel verlieren werden. Vor allem junge Leute, mehrheitlich Frauen, verließen ihre Heimatregionen. So stieg das Durchschnittsalter von 1990 bis heute von 39,4 auf 46,6 Jahre und entstand ein Männerüberhang von elf Prozent. In einer solchen Lage wird Einwanderung besonders schnell zum Gegenstand emotionaler Reaktionen, und Ältere stellen sich die Frage, was von ihrer Lebensleistung bleiben mag.

Ferner erwarten viele, dass ein Migrantanteil auf westdeutschem Niveau eben auch die dort zu beobachtende Multikulturalität nach sich ziehen wird. Von der aber sind – aufgrund einer plausiblerweise das Negative präferierenden Medienberichterstattung – die Risiken besser bekannt als die Vorzüge. Und verschärft werden alle Sorgen durch das Fehlen jeder realistischen Aussicht darauf, bald wieder ein Abebben von Einwanderung erleben zu können. Dass auf die Bekundung derartiger Sorgen weithin mit der Etikettierung „Rassismus“ oder „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ reagiert wurde, verletzte tief und führte zu Trotz, ja Radikalisierung.

Obendrein gibt es da tiefempfundene, doch ungenügend eingeständene Neid. Ethisch korrekt artikuliert als „sozialer Gerechtigkeit“, wuchs derlei im Osten beim Wandel der egalitären DDR-Gesellschaft hin zur Konkurrenz gebauten westlichen Gesellschaft. Im Westen wurde zur Quelle ganz paralleler Empfindungen die soziale Spreizung unseres Landes zwischen kapitalistischen Globalisierungsgewinnern und solchen Arbeitnehmern, die – auch durch Einwanderung billiger Arbeitskräfte – zur Reallohnstagnation gezwungen wurden. Immer mehr Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge treten nun als weitere Gruppe von Anspruchsträgern ins Ringen um mehr Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich.

Diese Konkurrenz verschärft sich dadurch, dass fortan die Haushalte von Bund und Ländern ausgleichlich zu sein haben. Also werden Kosten der Einwanderung innerstaatliche Verteilungskonflikte nach sich ziehen. Sobald Wirtschaft und Steueraufkommen nicht mehr wachsen, gilt erst

recht: Was für Einwanderer ausgegeben wird, steht für andere Zwecke nicht zur Verfügung. Auf diese Weise kommt zur Spannungslinie zwischen „oben“ und „unten“ eine weitere ganz unten hinzu, nämlich jene zwischen den „kleinen Leuten“ hierzulande sowie den – wie sie auf Hartz-IV-Niveau gestellten – Bürgerkriegsflüchtlingen, Asylbewerbern und Armutsmigranten. Mancher Kitt, der die Pegida-Demonstranten verbindet, ist tatsächlich ein diffuses Gefühl des Zukurzkommens.

Vor diesem dreifachen Hintergrund ist es fatal, dass gerade in Ostdeutschland viele Bürger meinen, keinen Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben und erst recht nicht Grundlegendes durch Wahlen ändern zu können. Deshalb ist es unter Pegida-Demonstranten so populär, nun auch Volksabstimmungen zu fordern. Mitunter setzen sie die heutige Lage sogar mit jener zur DDR-Zeiten gleich: Schon wieder übersehen Politiker reale Missstände, hörten nicht aufs Volk, und die Medien berichteten einfach das, was die Politiker sehen und lesen wollten. 1989 hatte man einem solchen Regime auf der Straße ein Ende bereitet, warum also nicht auch jetzt? So entstand die ganz illusorische Hoffnung, mit Demonstrationen allein könne man in unserer repräsentativen Demokratie Weitreichendes verändern.

Hinter Pegida stehen gerade auch nachwirkende DDR-Prägungen. Zu diesen gehört vor allem die Trennung von Privatem und Öffentlichem. Sie führte – unter anderem – zur Ansicht, echte Demokratie gäbe es im Wesentlichen nur dort, wo die Regierenden das vollzögen, was man selbst und seinesgleichen für richtig hält. „Der Staat müsste doch ...“ – so beginnen viele Vorwürfe an Politiker freilich auch im Westen. Im Denk- und Verhaltensmuster von Pegida-Anhängern zeigt

sich die hieraus entstehende Demokratiekritik so: „Wir Bürger haben ein Problem mit der drohenden Überfremdung unseres Landes. Ihr Politiker seid an diesem Problem schuld. Ihr ignoriert es aber, geht es jedenfalls nicht an. Und dagegen demonstrieren wir jetzt auf der Straße!“

Im Grunde verlangt Pegida zwar von der Politik nicht mehr als die Erfüllung ihrer Pflicht: das Sichkümmern um solche Probleme, die man selbst als bedrohlich empfindet, von der politischen Klasse aber wegdiskutiert oder kleingeredet fühlt. Doch wer nicht bedenkt, dass die eigene „Bewegung“ ja nur ein Teil des Volkes ist und deshalb mit anderen Gruppen um politischen Einfluss zu konkurrieren hat, der erachtet dann leicht die Kluft zwischen den eigenen Wünschen und den eintretenden Politikerreaktionen als „undemokratisch“. Auf diese Weise vermengt sich richtiges Fordern mit falschem Urteilen.

Politiker und Öffentlichkeit verweisen bei solchen Repräsentationskonflikten gern auf parlamentarische Mehrheiten sowie auf frei getroffene Wahlenentscheidungen, die zu solchen Mehrheiten geführt haben. Doch nicht ebenso gern mögen Politiker öffentlich in Erwägung ziehen, dass ihr eigenes Politik- und Personalangebot womöglich an den Wünschen vieler Wähler vorbeizielte, was diese entweder in die Wahlenthaltung, zum Votieren für Protestparteien oder zum Demonstrieren auf öffentliche Plätze treibt. Für derlei Reaktionen werden dann jene Bürger, die den etablierten Parteien innerlich gekündigt haben, von denselben Politikern kritisiert, die solche Reaktionen ihrerseits erst hervorgerufen haben. So entsteht eine wechselseitig verursachte Entfremdungs- und Empörungsspirale.

Genau in diese Stimmungslage hinein wirkt nun die Erinnerung an die friedliche Revolution: Damals gelang es, die Politiker zur Kenntnisnahme der im Volk empfundenen Interessen zu zwingen – und so möge es wieder sein. Das ist die Hoffnung hinter dem Ruf „Wir sind das Volk!“. Doch sie ist kurzschlüssig: Der demonstrierende Teil ist noch lange nicht jene Mehrheit, auf die es in einer Demokratie ankommt. Und politisch impotent ist die Hoffnung aufgrund der Annahme, in einer repräsentativen Demokratie werde man wirkungsmächtig allein durchs Demonstrieren und Fordern und nicht durch Suche nach Partnern und medialer Unterstützung, durch Verhandeln und Kompromissbildung.

Gespür für solchen praktisch zielführenden Umgang mit politischer Macht scheinen die meisten Pegida-Anhänger sowie die Demonstrationsorganisatoren nicht zu besitzen. Tatsächlich haben sie auch keine Erfahrungen im konstruktiven Umgang mit Macht. Auch das hat zu tun mit den Folgen von 1989/90. Die friedliche Revolution mündete nämlich in eine gesamtgesellschaftliche Reorganisation von Machtstrukturen, die für viele Ostdeutsche mit klaren Verlusten verbunden war. Diese betrafen nicht nur jenes Schrumpfen revolutionärer Machtpotentiale, das mit der Neuerrichtung eines stabilen Regierungssystems und einem gesellschaftlichen Elitentausch verbunden ist, sondern sie wurden auch für einfache Leute fühlbar. In der Mangelwirtschaft der DDR besaßen nämlich auch diejenigen unmittelbar spürbare Macht, die an der Verteilung von Gütern oder Dienstleistungen beteiligt waren, so wie jene, die – wie die Vertreter der Kirchen – Sinalternativen zur Staatsideologie anboten. Mit dem Übergang zur bundesdeutschen Gesellschaft waren rasch beide Quellen versiegt.

Und die Macht der neuen Eliten? Aufgrund des umfassenden Elitenwechsels sowie der schwierigen Einpassung ostdeutscher Biographien in westdeutsche Bewährungs- und Aufstiegsschemata war die ostdeutsche Bevölkerung über einen langen Zeitraum von herausragender wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Gestaltungsmacht ausgeschlossen. Eben solche mehrfach empfundene Demütigung erklärt nun aber, warum trotz materiellen Wohlstandes ein Großteil der Ostdeutschen mit der jetzigen bundes-

deutschen Gesellschaft unzufrieden ist. Und eine der Reaktionen hierauf ist jene offen gezeigte Kündigung gegenüber dem politischen System, die bei Pegida immer wieder artikuliert wird.

Blickt man von diesen Tiefenschichten her auf Pegida, so drängt sich die Vermutung auf, dass es sich hier um ein in Ostdeutschland zwar besonders ausgeprägtes und durch Transformationserfahrungen verstärktes Phänomen handelt, das derlei aber nicht auf die neuen Bundesländer beschränkt bleiben wird. Denn es scheint so zu sein, dass der Osten, und zwar aufgrund seiner fragilen Umstände, einmal mehr als jene „Avantgarde“ fungiert, die – wie bei der Auflösung von gewerkschaftlich gesicherten Arbeitsbeziehungen oder bei der zunehmenden sozialen Bindungslosigkeit politischer Parteien – frühzeitig erkennen lässt, was bei Fortgang der laufenden Veränderungsprozesse wohl auch auf den Westen zukommen wird.

Das eine sind reale Herausforderungen: Ohnmachtserfahrungen der Bürgerschaft angesichts der Globalisierung und einer stark von der EU-Ebene aus geprägten Politik, Veränderungsängste angesichts der möglichen Folgen unserer passiven Einwanderungspolitik, Probleme mit den Ordnungsprinzipien und Geltungsansprüchen des Islams als einer sich in Deutschland neu ausbreitenden Religion ungewisser Umprägung, Sozialneid unter verschärften Konkurrenzbedingungen. Das andere ist der politisch-kulturelle Umgang mit jenen Diskursen, in denen solche Herausforderungen politisch wirksam thematisiert, perspektiviert und in legitimerbare Handlungsoptionen umgesetzt werden.

Auf dieser zweiten Ebene wird erkennbar, dass viele sinnstiftende Narrationen unseres Landes unter Druck geraten – etwa jene von der liberalen und rundum diskurs-offenen pluralistischen Demokratie, vom sozialen Gerechtigkeit in Aussicht stellten Wohlfahrtsstaat, vom partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Religion und Staat, vom rundum vorteilhaften Wandel einer „homogenen“ zu einer „multikulturellen“ Gesellschaft. Damit geht grundsätzlich Unbehagen einher, dass eine offene Gesellschaft nun einmal kein Hort von Sicherheit, Beständigkeit und Vertrautheit ist. So wirkt der Doppelwandel der realen Verhältnisse und deren kulturell hegemonialer Deutung auf ohnehin Verunsicherte besonders bedrohlich.

Mit Pegida umzugehen ist schwer, weil es sich hier ja nicht um eine „Bewegung“ mit legitimierten Führern oder überhaupt mit zivilgesellschaftlich und politisch akzeptierten Ansprechpartnern handelt. Im Grunde ist Pegida nichts anderes als ein Konglomerat geographisch fragmentierter, periodischer Demonstrationen mit – je nach soziokulturellem Kontext und aktuellen Ansoz – sehr unterschiedlichem Mobilisierungsgrad. Und letztlich hoffen die Teilnehmer einfach darauf, dass die durch regelmäßiges Demonstrieren gesetzten Themen von der Öffentlichkeit und der politischen Klasse schon irgendwie aufgegriffen und bearbeitet würden. Die eigene Rolle sieht man nur darin, hierauf gerichteten Druck aufrechtzuerhalten. Zu Vorschlägen, welche die erhobenen Forderungen zu wirklichen erlauben, sahen sich die Pegida-Organisatoren bislang jedenfalls nicht in der Lage, und ebenso wenig waren sie fähig, solche politischen Bündnisse aufzubauen, die Wünsche in Entscheidungen umsetzen könnten.

Das alles lädt dazu ein, Pegida medial auszuhungern und von den öffentlichen Plätzen zu verschleichen. Doch gelöst wäre damit keines jener Probleme, deren bloßer Ausdruck Pegida ist – und eben nicht ihre Ursache.

Joachim Klose war Gründungsdirektor der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meißen und ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für den Freistaat Sachsen. Werner J. Patzelt lehrt politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden. Der Aufsatz basiert auf persönlichen Einsichten der Autoren und gibt nicht die Meinung der Institutionen wieder, die sie vertreten.

